

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

September 2018

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause ist gleich eine besondere, nämlich eine Haushaltswoche. Welche wichtigen Eckpunkte sich im Bundeshaushalt 2019 wiederfinden, zeige ich Ihnen in diesem Brief aus Berlin. Außerdem fasse ich Ihnen die Beschlüsse der CDU/CSU-Fraktionsvorstandsklausur zusammen.

Auf Grund der aktuellen Ereignisse in Chemnitz und Köthen erlaube ich mir an dieser Stelle aber ein paar Worte zu den Geschehnissen der letzten Wochen. Die ursprüngliche Gewalttat ist ein abscheuliches Verbrechen. Der Rechtsstaat muss schnell und gründlich die Ermittlungen zu den Verbrechen führen und den Beschuldigten den Prozess machen, sollten sich die Vorwürfe erhärten. Selbstverständlich verstehe ich, wenn Bürgerinnen und Bürger angesichts dieser abscheulichen Gewalttaten verunsichert sind. Auch ist es völlig legitim, die eigene Position in Demonstrationen zum Ausdruck zu bringen. Hass und Rassismus haben dort allerdings nichts verloren. Wir als Gesellschaft haben das Zeitalter der Aufklärung durchschritten. Vernunft und nicht eine unreflektierte Emotion muss unser Handeln bestimmen.

So, wie der Staat gegen die beiden Gewalttaten vorgehen muss, muss er auch allen Straftaten nachgehen, die danach begangen wurden. Für mich ist klar: Rechtsextremistische Übergriffe auf Ausländer, das Zeigen des Hitler-Grußes und der Angriff auf ein jüdisches Restaurant müssen konsequent und mit aller juristischer Härte geahndet werden.

Ein konsequentes Handeln aller staatlichen Institutionen ist erforderlich, um den Rechtsfrieden in unserem Land zu wahren. Der Staat muss umsichtig, aber vor allem entschlossen vorgehen. Es obliegt der Polizei und Staatsanwaltschaft, Vorfälle und Straftaten zügig und vorbehaltlos aufzuklären, Gerichte urteilen, ob jemand bestraft wird. Ausschließlich beim Staat liegt das Gewaltmonopol – nirgendwo sonst!

Wichtig ist auch, dass zwei Wochen nach dem schrecklichen Tötungsverbrechen von Chemnitz endlich ein umfassendes und nachprüfbares Lagebild von



den Ereignissen abgegeben werden muss. Die Öffentlichkeit muss unterrichtet werden, wie der Stand der Ermittlungen gegen die Tatverdächtigen ist. Genauso muss im Einzelnen nachgezeichnet werden, welche Erkenntnisse über die anschließenden Hass-Kundgebungen und Taten vorliegen. Zu einer solchen Unterrichtung gehören auch Informationen über den Angriff auf ein jüdisches Restaurant, der erst nach zehn Tagen bekannt wurde. Das wäre ein Weg, die Diskussion endlich zu versachlichen.

Bei allem Entsetzen über Einzelfälle sollten wir uns stets vor Augen führen, dass Deutschland ein sicheres Land ist. Wir haben einen starken Staat und wir als Unionsfraktion stehen dafür, dass er stark bleibt und in dieser Wahlperiode weiter gestärkt wird. Wir als Union haben eine Verantwortung, mit Besonnenheit und der Kraft der Differenzierung zu reagieren – auch in schwierigen Zeiten.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr

Markus Koob



Blick auf die aktuellen politischen Themen

CDU/CSU-Fraktionsvorstandsklausur • Haushalt 2019 • Konferenz in Athen • BPA-Fahrt •
Zahlen und Fakten

Fraktionsvorstandsklausur:

Sacharbeit

In der Klausur am Ende letzter Woche hat sich der Fraktionsvorstand mit wichtigen Themen für unser Land befasst. Auf welche Partner kann sich Deutschland in einer immer unübersichtlicheren Lage verlassen? Wie schaffen wir es, die Rente auch in Zukunft generationengerecht zu finanzieren? Welche Schritte müssen eingeleitet werden, damit wir die Chancen der Künstlichen Intelligenz nutzen können? Auf welche Weise lässt sich die solide Haushaltspolitik fortsetzen und in welche Bereiche müssen wir mehr investieren?

In den konstruktiven Beratungen haben wir bekräftigt: In Zeiten von Rekordbeschäftigung, eines ausgeglichenen Haushaltes und steigenden Investitionen arbeiten wir für eine gute Zukunft unseres Landes. Mit den Beschlüssen der Vorstandsklausur zeigen wir die Bandbreite der vor uns liegenden Arbeit auf: Mit dem „Pakt für den Rechtsstaat“ fordern wir weitere Maßnahmen für einen starken Staat wie etwa eine Verschärfung des Strafrahmens für den Besitz von Kinderpornografie sowie effektivere Strafprozesse. In unseren Forderungen zur Bildung in Deutschland bekräftigen wir die Notwendigkeit, dass die Digitalisierung in Deutschlands Schulen ankommt – im Unterricht, aber auch in der Ausstattung. Ohne Frage sind die Länder als Träger der Kultushoheit in der Pflicht, angesichts der Größe der Herausforderung aber muss ihnen der Bund unter die Arme greifen. Gleichzeitig fordern wir, das Schulstarterpaket für Kinder aus sozial schwachen Familien von 100 auf 120 Euro aufzustocken.

Wir bekräftigen zudem, dass wir für den Ausbau und die Instandsetzung unserer Infrastruktur stehen. Damit die Rekordmittel, die im Haushalt dafür bereitstehen, auch in vollem Umfang eingesetzt werden können, legen wir Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung vor. Zudem sprechen wir uns für eine ausreichende staatliche Finanzierung des Breitbandausbaus aus.

Wir wollen das Ehrenamt stärken, indem wir bürokratische Hemmnisse abbauen und uns für die Schaffung einer bundesweiten Ehrenamts hotline einsetzen, die den ehrenamtlich Tätigen mit Rat zur Seite steht.

Wie keine andere politische Kraft stehen wir für die Aufarbeitung des SED-Unrechts in der DDR. Wir wollen ein weiteres dunkles Kapitel der SED-Herrschaft, die Zwangsadoption von Kindern von der SED unliebsamen Menschen, endlich restlos aufklären und das schreckliche Leid der Betroffenen lindern.

Nun appelliere ich sowohl an meine als auch an die SPD-Fraktion, dass bei den Themen schnellstmöglich Einigungen erreicht werden, damit die gesellschaftlich wichtigen Themen auch legislativ umgesetzt werden und es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt. ■

Haushalt 2019:

Investitionen in die Zukunft Deutschlands

Der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2019 basiert auf der Steuerschätzung von Mai dieses Jahres. Er sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 356,8 Mrd. Euro vor. Das bedeutet eine Steigerung von 3,8 Prozent zum Haushalt 2018. Investitionen belaufen sich auf 37,9 Mrd. Euro.

Der Kabinettsbeschluss sieht vor, dass der Bund wie schon seit 2014 keine neuen Schulden aufnimmt. Erstmals seit 2002 wird die Schuldenstandgrenze des Maastrichter Vertrags von 60 % des Bruttoinlandsprodukts unterschritten. Möglicherweise gelingt dies bereits im Vollzug des Bundeshaushalts 2018. Die Umsetzung der prioritären Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag kann daher verstärkt fortgesetzt werden. Die Ausgabenzuwächse des Regierungsentwurfs entfallen vor allem auf das Baukindergeld, den sozialen Wohnungsbau, Entlastungen für Familien (Erhöhung des Kindergeldes, Kinderfreibetrages, Ausbau Qualität Kita, Abbau der Kalten Progression) sowie die Erhöhung des Verteidigungsetats.

Der Haushalt 2019 enthält zudem eine globale investive Mehrausgabe in Höhe von 7 Milliarden Euro und für die nächste Steuerschätzung Ende Oktober zeichnen sich bereits weitere Mehreinnahmen ab. Wie diese finanziellen Handlungsspielräume genutzt werden, werden wir im Deutschen Bundestag

zu gegebenen Zeitpunkt entscheiden. Wir lassen uns bei dieser Frage davon leiten, was unser Land voranbringt. Wir treten vor allem dafür ein, dass unsere Soldaten besser ausgerüstet werden und die Bundeswehr auch Aufträge für mehrjährige Großvorhaben erteilen kann. Zudem wollen wir weiter kräftig in Zukunftsthemen wie die digitale Infrastruktur, die künstliche Intelligenz und die innere Sicherheit investieren.

Für detaillierte Informationen zum Bundeshaushalt 2019 schauen Sie bitte auf meine Homepage unter www.markus-koob.de. ■

BPA-Fahrt:

Dritte & letzte Fahrt 2018

Anfang September habe ich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer meiner letzten Bundespresseamtsfahrt 2018 begrüßen dürfen. Ich hoffe, dass ihnen das abwechslungsreiche Programm, das vom Stasigefängnis in Hohenschönhausen über die Gedenkstätte an der Bernauer Straße bis hin zum Besuch des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend reichte, gefallen hat. Selbstverständlich stand auch bei dieser Fahrt wieder ein Besuch des Deutschen Bundestages inklusive eines Vortrages und eines Gespräches mit mir auf dem Programm. Es war mir wieder einmal eine große Freude einen Teil meines Wahlkreises in Berlin getroffen zu haben und hoffe, dass sie alle wieder wohlbehalten dahin zurückgekehrt sind. ■



Athen:

Sicherheitspolitik im östlichen Mittelmeer

Als Berichterstatter meiner Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss für Griechenland, Zypern und Malta hatte ich das große Vergnügen zu Beginn dieser Woche auf eine zweitägige Dienstreise nach Athen aufzubrechen. Im Zentrum dieser Reise stand meine Rede auf der Konrad-Adenauer-Stiftung-Konferenz zur Sicherheitspolitik im östlichen Mittelmeer am Dienstag. In diesem Eröffnungsbeitrag widmete ich mich den Prioritäten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.



Bild: Gespräch mit dem Parteivorsitzenden der Nea Dimokratia, Kyriakos Mitsotakis

Am vorherigen Tag hatte ich mich bereits mit den aktuellen griechischen Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung getroffen und mit ihnen ein sehr aufschlussreiches Gespräch zur aktuellen politischen Situation in Deutschland sowie Berlins Blick auf Griechenland nach dem Ende des Rettungsprogramms geführt. Unter den 11 Stipendiaten befanden sich Jura-, Theologie-, Journalismus- und Politikstudenten. Ebenfalls am Montag hatte ich die Gelegenheit gemeinsam mit meinen Konferenzkollegen Markos Komondouros, Leiter der NGO “Metarasi – Action for Migration and Development”, sowie Nikos Vettas, Leiter der “Foundation for Econo-

mic and Industrial Research (IOBE)” in Athen treffen zu können und durch sie einen tieferen Einblick sowohl in die griechische Migrationspolitik als auch in die griechische Wirtschaftspolitik zu erhalten. Es war ein wirklich informatives und daher sehr wichtiges Arbeitessen.

Zum Abschluss meiner Reise stand ein Gespräch mit dem Vorsitzenden unserer europäischen Schwesterpartei Nea Dimokratia, Kyriakos Mitsotakis auf meinem Programm. Als derzeitiger Oppositionsführer konnte er mir wichtige Einblicke in das griechische Parteien- und das derzeitige politische System Griechenlands vermitteln. Am Abend des 11. September machte ich mich dann wieder auf den Weg nach Berlin. ■

Zahlen und Fakten:

Lebenserwartung steigt

Die Lebenserwartung in Deutschland ist erneut angestiegen: Sie beträgt nach der auf die aktuellen Sterblichkeitsverhältnisse bezogenen Sterbetafel 2014/2016 für neugeborene Jungen 78 Jahre und 4 Monate und für neugeborene Mädchen 83 Jahre und 2 Monate.

Auch für ältere Menschen hat die Lebenserwartung weiter zugenommen. Nach der Sterbetafel 2014/2016 beläuft sich zum Beispiel die sogenannte fernere Lebenserwartung von 65-jährigen Männern mittlerweile auf 17 Jahre und 10 Monate. Auf der Ebene der einzelnen Bundesländer weist Baden-Württemberg bei beiden Geschlechtern die höchste Lebenserwartung Neugeborener auf: Für Jungen beträgt sie hier 79 Jahre und 6 Monate, für Mädchen 84 Jahre. Die niedrigsten Werte weisen mit 76 Jahren und 4 Monaten Jungen in Sachsen-Anhalt und mit 82 Jahren und 3 Monaten Mädchen im Saarland auf. (Quelle: Statistisches Bundesamt) ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel 030/227-75549
markus.koob@bundestag.de
www.markus-koob.de

Meine Woche in Bildern



Oben: Gespräch mit Stipendiaten der KAS in Athen



Oben: Gespräch mit der Botschafterin Myanmars, I.E. Frau Yin Yin Mvint



Oben: Gespräch mit der Stellv. indischen Missionsleiterin, Frau Paramita Tripathi

Rechts: Konferenz zur Sicherheitspolitik im östlichen Mittelmeer in Athen

